

Antrag A12

Antragsteller:

Kreisverband Rhein-Sieg der
Mittelstands- und Wirtschaftsunion NRW

Die 25. Landesdelegiertenversammlung der MIT NRW möge beschließen:

Wandel muss planbar bleiben!

Planungssicherheit als politisches Kernthema der CDU

Planungssicherheit ist die Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entscheidungen jeglicher Art für den Unternehmer und das damit verbundene Unternehmen. Aber auch Bürgerinnen und Bürger beklagen Unsicherheiten in Bezug auf ihre Investitionen und Lebensentscheidungen.

Deswegen muss es die CDU sein, die dort Planungssicherheit herstellt, wo der Staat und die Gesellschaft richtigerweise einen Wandel anstreben und befördern. Denn Wandel und Veränderung finden nur Akzeptanz und Vertrauen, wenn sie planbar und nachvollziehbar erfolgen.

Drei Kernforderungen stellen wir daher auf:

Legislative Prozesse

Die CDU steht auf allen Ebenen dafür ein, dass Unternehmen wie Bürger keine gesetzgeberischen Änderungen in Form von Gesetzen und Rechtsverordnungen beschließen und umsetzen, die nicht mindestens einen Vorlauf von 12 Monaten ermöglichen.

Der Beteiligung von Verbänden muss ein verbindliches Zeitraster zugrundeliegen, welches Stellungnahmen innerhalb weniger Tage ausschließt. Dies ist gesetzgeberisch, ggf. sogar grundgesetzlich zu verankern.

Politische Prozesse

Die CDU ist die Partei der Zuverlässigkeit und Planbarkeit.

Die CDU verpflichtet sich - unter anderem in ihrem Grundsatzprogramm - gesetzgeberische Änderungen vor allem mit Wirkungen auf Investitionen und grundsätzliche Technologiewechsel so zu gestalten, dass getätigte Investitionen einem politischen und dort wo wir regieren einem staatlichen Schutz unterliegen. Mit uns wird es keine Gesetzgebung (mehr) geben, die ad hoc bestehende Betriebs- und Privatvermögen kurzfristig entwertet.

Bürokratie, Aufwendungen und Steuern sowie Geltungsdauer von Regelungen

Die CDU setzt sich dafür ein, dass es Mindest- und Höchstgeltungsdauern von Regelungen auf allen Ebenen gibt. Die Geltung von baurechtlichen Vorschriften auf kommunaler Ebene zum Beispiel soll - wenn eine Abweichung von Baugesetzbuch und Landesbauordnung besteht - eine Mindestgültigkeit aufweisen, um dauernde Änderungen zu vermeiden. Gleichzeitig muss diese (mit dem Ziel einer Rückkehr zur Standardregelung) eine Höchstdauer vorsehen und in den Kommunalparlamenten nach 5 Jahren neu diskutiert und neu begründet werden. Das Instrument der Befreiung von kommunalen Baurecht kann nur so minimiert und perspektivisch ganz abgeschafft werden. Mittelfristig entlastet dies auch die kommunalen Räte, denn Jahrzehnte später gar nicht mehr begründbare Abweichungsregelungen werden deutlich unattraktiver ohne sie per se zu verbieten.

Ähnlichem wollen wir uns auch für landes- und bundespolitische Themen verpflichten. Dies gilt insbesondere für Abschreibungsregelungen im Steuerrecht. Diese sind per se „Aufwendungen“, welche Inflation etc. unterliegen. Sie müssen deswegen in festen Rhythmen neu bewertet und angepasst werden. Wir wollen eine feste Begrenzung für solche Gesetze und Gesetzesbestandteile aus vielen

58 Bereichen (Reisekostenerstattungen, Abschreibungen, EEG-Einspeisepreise,
59 Freibeträge in der Einkommenssteuererklärung etc.)

60

61 Mit diesem Bekenntnis wird die CDU wieder die Partei der Zuverlässigkeit und der
62 Planbarkeit. Dies würde den Standort für Unternehmen, Industrie und auch für ein
63 lebenswertes Wohnumfeld stärken. Im Wettbewerb der Standorte ist dieses Gut nicht
64 zu überschätzen. Die CDU muss der Garant für diese Politik sein, bleiben und dort
65 wo wir selbst anders verfahren sind wieder werden.

66

67 **Begründung:**

68 -

69

70 **Votum der Antragskommission:**

71

72 Verweisung an den Landesvorstand